

Samstagsinterview

«Die Schweizer Mythenmaschinerie ist sagenhaft produktiv»

André Holenstein Dem Historiker fehlt in der Debatte rund um die Neutralität der historische Kontext. Dass sie der Schweiz kriegsfrei durch die Jahrhunderte geholfen habe, sei eine naive Überhöhung – heute verunmögliche die Neutralität eine reflektierte Aussenpolitik.

Moritz Marthaler

Herr Holenstein, seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine wird die Schweizer Neutralität wieder intensiv diskutiert. Es scheint um viel mehr zu gehen als die Position zum Konflikt. Teilen Sie diese Ansicht?

Die Militärakademie der ETH führt seit Jahren Umfragen zur sicherheitspolitischen Befindlichkeit durch. Die Zustimmung zur Neutralität ist jeweils enorm hoch, seit Kriegsbeginn ging sie leicht zurück. Die meisten Leute sehen sie als Merkmal schweizerischer Staatlichkeit. Was also ein sicherheitspolitisches Konzept sein sollte, betrachten die Schweizerinnen und Schweizer als Teil der nationalen Identität.

Im Sinne von: So haben wir das schon immer gemacht?

Ja. Das ist gefährlich, weil es von einem einseitigen, zurechtgebogenen Geschichtsbild zeugt. Es ist über lange Zeit hinweg entstanden. Wissenschaftlich erhärtet wurde es Ende des 19. Jahrhunderts sowie nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals haben die Historiker Paul Schweizer und Edgar Bonjour die Neutralitätsgeschichte hochleben lassen, nach dem Motto: Die Neutralität ist untrennbar mit dem Schweizer Wesen verknüpft. So hat sich das ins kollektive Gedächtnis eingepreßt.

Wird die Debatte zu emotional geführt?

Vor allem unreflektiert. Die Neutralität wird tabuisiert. Das verunmöglicht eine nüchterne Debatte darüber, welches die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz sind und inwiefern die Neutralität diesen Interessen noch gerecht wird. Es heisst, unser Land verliere seine Identität, wenn es die Neutralität aufgebe. Das ist für mich Ausdruck eines mythischen Denkens.

Ganz grundlegend: Was ist mit Neutralität gemeint?

Auf eine knappe Formel gebracht: sich als Staat nicht am Krieg anderer Staaten zu beteiligen.

Das ist sehr allgemein.

Deswegen hat sich das Konzept der Neutralität im Verlauf der Jahrhunderte stark gewandelt, allein mehrfach in der Vergangenheit der Schweiz. Letzten Endes ist auch Neutralität ein Positionsbezug – im Hinblick auf

Kenner der Schweizer Geschichte

André Holenstein (63) ist seit 2002 Professor für Ältere Schweizer Geschichte und Vergleichende Regionalgeschichte an der Universität Bern. Am 1. Juni hält er seine Abschiedsvorlesung: «1848 – die Schweiz: Voraussetzungen und Folgen einer unwahrscheinlichen Integration». Holenstein ist Experte der mittelalterlichen und neuzeitlichen Geschichte der Schweiz. Er lebt in Bern. (mrm)

einen Konflikt zwischen anderen. Wie zielführend, belastbar, verlässlich und vor allem auch wie respektiert diese Haltung ist, hängt letztlich nicht vom Neutralen selber ab.

Sondern?

Von der Einschätzung und der Interessenlage der übrigen Staaten. Die Stellung des Neutralen muss in einem grösseren Kontext betrachtet und im Licht der Beziehungen zu den Konfliktparteien beurteilt werden. Im tradi-

«Die Neutralität wird als Teil der nationalen Identität betrachtet. Das ist gefährlich.»

tionellen Neutralitätsverständnis der Schweiz fehlt dieser Gedanke. Man bildet sich ein, es sei damit getan, zu sagen: Wir sind neutral. Und gewisse politische Kreise fügen dem noch bei: Genau diese Haltung hat unsere Friedensinsel über Jahrhunderte hinweg vom Krieg verschont.

Stimmt das nicht?

Es ist schöngeredet, es blendet wichtige Tatsachen aus.

An welchem Beispiel lässt sich das festmachen?

Etwa daran, wie unzuverlässig die Neutralität der Eidgenossenschaft im Koalitionskrieg der europäischen Monarchien gegen das revolutionäre Frankreich in den 1790er-Jahren funktionierte. Die Franzosen respektierten damals die Neutralität der Alten Eidgenossenschaft so lange, wie sie profitieren konnten: Die Schweiz nutzten sie als Versorgungskorridor für ihre Kämpfe weiter östlich. 1795 hatten sie mit den meisten Kriegsgegnern Frieden geschlossen – ab da brauchten sie keine Rücksicht mehr zu nehmen und begannen mit der Planung des Angriffs auf die Schweiz. 1797 marschierte die französische Armee in den Jura ein. Wochen später war die Alte Eidgenossenschaft am Boden.

Aber bei der Neuordnung Europas zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die neutrale Haltung doch bestimmt ein Vorteil.

Dort setzt mein nächstes Beispiel an. 1813 planten die Alliierten den ultimativen Feldzug gegen Napoleons Frankreich. Was machte die Eidgenossenschaft? Sie bat um Anerkennung ihrer Neutralität. Napoleon willigte gerne ein, weil ihm eine neutrale Schweiz Flankenschutz bot und er seine Truppen weiter nördlich gegen die Alliierten aufstellen konnte. Diese waren ob der neutralen Haltung konsterniert: Jetzt, wo es darum geht, den Tyrannen zu



«Kann man guten Gewissens neutral bleiben, wenn es um die Durchsetzung des Völkerrechts geht?», fragt André Holenstein. Foto: Adrian Moser

bekämpfen, der auch ihr Land seit Jahren unterdrückt, ziehen die sich zurück? Die Alliierten konnten eine Neutralität nicht anerkennen, die dem Feind nützte und ihre Kriegspläne störte. In der Folge überquerten im Dezember 1813 über 100'000 Russen und Österreicher zwischen Basel und Schaffhausen den Rhein und griffen über den Jura und Genf die Franzosen an.

Und was heisst das in Bezug auf die Neutralität?

Als sicherheitspolitisches Konzept versagte die Neutralität damals komplett. Ausserdem isolierte sich die Schweiz politisch. Die alliierten Mächte nahmen sie als ein Land wahr, das die Zeichen der Zeit nicht erkannte, über keine aussenpolitische Strategie verfügte und die Gelegenheit nicht wahrnahm, sich am

Krieg gegen Frankreich zu beteiligen, um so seine Verhandlungsposition bei den künftigen Friedensverhandlungen zu stärken.

Worüber heftig debattiert wurde, ist die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Ein lange Zeit beliebtes Narrativ geht so: Die Neutralität hat uns vor dem Krieg bewahrt. Dabei bestand die Politik der Schweiz im

Zweiten Weltkrieg darin, mit Normen des Neutralitätsrechts zu brechen. Unter dem Druck der Achsenmächte, welche die Schweiz seit 1940 einkreisten, exportierte man Kriegsmaterial und richtete Staatskredite an Deutschland und Italien aus.

Da müssten doch im heutigen Zusammenhang die Alarmglocken schrillen.

Leitartikel

Wer das grosse Ganze im Auge behält, sagt Ja zum Viererfeld

Gegnerinnen und Gegner tun so, als würde fast alles gegen die Überbauung des Berner Viererfelds sprechen. Das Gegenteil ist richtig.

Christoph Hämmerlin

In zwei Wochen entscheidet die Stimmbewölkerung der Stadt Bern über ein wahres Generationenprojekt. Während 2004 ein Projekt noch knapp abgelehnt wurde, entschied 2016 eine ebenfalls knappe Mehrheit, dass die Stadt dem Kanton das halbe Viererfeld abkaufen soll, um darauf und auf dem angrenzenden Mittelfeld ein neues Quartier für 3000 Bewohnerinnen und Bewohner sowie einen Stadtpark zu bauen. Damit sei «die wichtigste Abstimmung der ganzen Legislatur» gut ausgefallen, freute sich der damalige Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP).

Zwei Legislaturen später steht die nächste Abstimmung zum Viererfeld an, und wieder hat sie herausragende Bedeutung für die Stadt. Am 12. März entscheidet das Stimmvolk über einen Kredit von 124,6 Millionen Franken, damit das neue Quartier weiter geplant und mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet werden kann. Sollte das Volk nach der Zustimmung vor sieben Jahren nun in zwei Wochen den Folgeschritt verweigern, würde dies einen riesigen Scherbenhaufen bedeuten: Der Grundstückserwerb für gut 50 Millionen entpuppte sich als unnötig, ein hoher Millionenbetrag an Planungsgeldern wäre verschleudert, unzählige Arbeitsstunden verpufft. Das ist aber nicht der einzige Grund, wieso

Das Ja macht einen nicht zum Wachstumsfanatiker, der erst dann zur Ruhe kommt, wenn die letzte Wiese überbaut ist.

ein Ja richtig ist. Zumal es grundsätzlich erlaubt sein muss, im Lauf einer Entwicklung die Meinung zu ändern. Bloss ist es so, dass kaum ein Argument der Gegnerinnen und Gegner verfangt. Und dass die Gründe, die für das Projekt sprechen, nur noch an Dringlichkeit gewonnen haben.

Eigentlich ist es ziemlich banal: Die Bevölkerung wächst, es braucht Wohnungen. Und es ist sinnvoller, diese in gut erschlossenen Zentren zu bauen, als hinzunehmen, dass die Zersiedelung stetig weitergeht. So gibt dies notabene das nationale Raumplanungsgesetz vor. Kommt hinzu, dass in der Stadt Bern seit langem Wohnungsnot herrscht und gerade Familien aus der Stadt verdrängt werden. Angesichts des Gebots der Siedlungsentwicklung nach innen erstaunt es, dass ausgerechnet die Fondation Weber den Grossteil der Gegenkampagne finanziert. Ob damit wirklich ihrem obersten Ziel – Schutz der Tierwelt und der Natur – nachgelebt wird? Nein: Dank des Parks und

ökologischer Ausgleichsflächen wäre die Biodiversität im Viererfeld grösser als mit dem heutigen Kulturland; gleichzeitig würde anderswo Land verschont, das in den meisten Fällen deutlich weniger gut erschlossen wäre.

Die Argumentation der Kritiker beisst sich spätestens dann in den Schwanz, wenn sie einerseits den «Schutz eines Kleinods» fordern – um im nächsten Atemzug zu verlangen, bei der Überbauung grösser zu denken. Ja, jedes Vorhaben bietet Angriffsfläche. Pauschal von einem «schlechten Projekt» zu sprechen, ist aber eine populistisch anmutende Geringschätzung gegenüber der Arbeit der sieben Planerteams, die zusammen mit der Stadt seit Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses im Januar 2019 die Planung stetig verfeinert haben. Schliesslich zielt auch das Argument daneben, wonach der geplante Park eine «Mogelpackung» sei, unattraktiv gelegen zwischen Siedlung und Wald. Zum einen war die Anordnung schon vor der Abstimmung 2016 bekannt. Zum anderen beweist etwa der zu unterschiedlichsten Tageszeiten vielfältig belebte Liebefeldpark, dass eine Grünfläche sogar zwischen Hauptstrasse und Siedlung prima funktionieren kann.

Ein Ja zur neusten Viererfeld-Vorlage macht einen nicht zum Wachstumsfanatiker, der erst dann zur Ruhe kommt, wenn die letzte Wiese überbaut ist.

Für die Zustimmung reicht die Einsicht, dass Neubauten im Viererfeld sinnvoller sind als anderswo. Darüber hinaus gibt es durchaus Gründe, sich auf das geplante Quartier zu freuen, das durchmischt und ökologisch vorbildlich werden soll. Wesentlich dazu beitragen wird die Hauptstadt-Genossenschaft, ein Zusammenschluss von 30 regionalen Genossenschaften, die in der ersten Etappe rund 200 Wohnungen bauen würde. Sechs solche Wohnbaugenossenschaften – junge «Wilde» zusammen mit Etablierten wie der Fambau – beweisen derzeit im Warmbächi, dass sie ein grosses, aufregendes Projekt stemmen können.

Dies ist exakt jener preiswerte und flächenschonende Wohnungsbau, wie ihn 2014 fast 72 Prozent der Stimmberechtigten mit der Annahme der Wohninitiative verlangten. Dass auf dem Vierer- und Mittelfeld mindestens die Hälfte der Wohnfläche von gemeinnützigen Wohnbauträgern überbaut würde, ist für die Ja-Sager von damals ein weiteres gutes Argument für ein Ja am 12. März.

Stattdessen verlangen die Gegner, zuzuwarten und eine Überbauung einer kommenden Generation zu überlassen. Aber warum? Es liegt ein reifes Projekt vor, mit dem an einem geeigneten Ort ein dringender Bedarf gedeckt werden kann. Wer das grosse Ganze nicht aus den Augen verliert, sagt Ja dazu.

Absolut. Und es ging nicht nur um Lieferungen von privaten Rüstungsfirmen, auch von staatlichen. Nicht zu vergessen die Kriegskredite: Die Nationalbank kaufte Raubgold auf, das die Deutschen in ihrem Eroberungskrieg erbeutet hatten. Deutschland blieb damit kreditwürdig für den Einkauf kriegsrelevanter Materialien. Die Schweiz spielte eine wichtige, keineswegs neutrale Rolle in diesem Krieg.

Was die Schweizer Politik erst Jahre später zugab – oder heute noch verleugnet.

Nein, schon sehr früh gab es Eingeständnisse. Aussenminister Max Petitpierre sagte bereits 1948 vor der Botschafterkonferenz in Bern, die Schweiz sei im Krieg nicht von der Neutralität, sondern von «anderen Umständen strategischer und wirtschaftlicher Ordnung» geschützt worden. Es war den Entscheidungsträgern von damals völlig klar, was passiert war.

Inwiefern regelt das Völkerrecht die Neutralität?

Theoretisch wertete das Völkerrecht schon im 18. Jahrhundert die Haltung des Neutralen auf und hielt fest, dass Souveräne nicht nur das Recht auf Kriegsführung, sondern auch ein Recht auf Neutralität haben. Das war insofern neu, als die Neutralität in früheren Zeiten ein ausgesprochen schlechtes Image besass. Der Neutrale, der sich in einem Konflikt nicht zwischen der rich-

formationen. Insofern stand die neutrale Alte Eidgenossenschaft nie ausserhalb des Krieges. Gerade als Nichtkriegspartei war sie Teil des Geschehens und für alle Parteien nützlich.

Und wie entwickelte sich diese Rolle weiter?

Der Wiener Kongress markiert eine neue Epoche. Nach der Herrschaft Napoleons regelten die grossen Mächte 1814/15 die europäische Ordnung neu. Sie stellten die Eigenständigkeit der Schweiz wieder her, weil ein Pufferstaat zwischen den Grossmächten Österreich und Frankreich sicherheitspolitisch Sinn ergab. Die Schweiz wurde verpflichtet, eine eigene Armee aufzubauen. Und die Grossmächte verliehen ihr den Status eines immerwährend neutralisierten Staates. Ab da hatte die Neutralität der Schweiz fortan Garantie – nur aufgrund der Tatsache, dass sie im Interesse der allgemeinen Sicherheit in Europa lag.

Ist das nicht ein Erfolg?

Zuvor musste man sich die Neutralität von Fall zu Fall erbitten. So gesehen war das zweifelloso ein Erfolg. Die Ordnung des Wiener Kongresses ging aber mit dem Ersten Weltkrieg unter, zum Kriegsende 1918 wurde der Völkerbund gegründet. Als Vorläufer der UNO sollte er als Organisation der kollektiven Sicherheit die Lehren aus dem furchtbaren Krieg ziehen. Angriffskriege wurden geächtet, zwischenstaatliche Konflikte sollten durch Schiedsgerichte beigelegt werden.

Heute ist die Schweiz UNO-Mitglied. Wie soll sie sich im Ukraine-Krieg verhalten?

Die Schweiz teilt die Auffassung der westlichen Staatenwelt, wonach der Angriff Russlands auf die Ukraine eine massive Verletzung des Völkerrechts darstellt.

Was heisst das für Schweizer Waffenlieferungen?

In ihrer Gesetzgebung hält sich die Schweiz an die Haager Konvention von 1907, die die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates festhält: Ein solcher muss gleiche Distanz zu beiden Kriegsparteien einhalten und sich nicht beteiligen. Doch das Völkerrecht steht heute an einem ganz anderen Ort als 1907. Damals galt der Krieg als legitimes Instrument. Das heutige Völkerrecht lehnt Krieg ab. Insofern müssen neutrale Staaten ihre Behandlung der Kriegsparteien überdenken.

Und welche Folgen hat es für die Schweiz, wenn sie in diesem Konflikt neutral bleiben will?

Kann man guten Gewissens neutral bleiben, wenn es um die Durchsetzung des Völkerrechts geht? Kann man an einem Grundsatz festhalten, der uns daran hindert, nüchtern darüber nachzudenken, welches unsere Sicherheitsinteressen sind und wie wir diese am besten verteidigen? Der Ukraine-Krieg stellt auch für die Schweiz eine Zeitenwende dar.

«In früheren Zeiten hatte die Neutralität ein ausgesprochen schlechtes Image.»

tigen und der falschen Auffassung von der religiösen Wahrheit entscheiden konnte, galt als unmoralisch und ausserdem auch als politisch unklug, weil er sich isolierte.

Wie kam es zum positiven Verständnis der Neutralität?

Die Schweiz musste sich ihre strukturelle Unfähigkeit zum Krieg eingestehen. Sie verlor im Verlauf des 16. Jahrhunderts den Anschluss an die Kriegstechnik grosser Monarchien. Und wegen der Konkurrenz zwischen den Kantonen war sie zu keiner gemeinsamen Aussenpolitik fähig. In dieser Lage proklamierte man in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts immer die Neutralität, wenn Truppen in die Nähe der Schweizer Grenze kamen. Das wurde von den Krieg führenden Mächten beherzigt, weil eine unversehrte Eidgenossenschaft in ihrem Interesse lag: Hier warben sie Söldner an, hier versorgten sie sich mit Material und In-

Orlando

